

Die Politik der Wehrpflicht in Europa im 21. Jahrhundert: Eine qualitativ vergleichende Analyse

Description

Von Isabel Badia

Die Anforderungen an staatliche Armeen und damit auch die Politik der Wehrpflicht sind in den letzten Jahrzehnten im deutlichen Wandel – doch welche Faktoren führten dazu, dass die Wehrpflicht in einigen Ländern de facto abgeschafft wurde, in anderen jedoch nicht?

In ihrem Blogbeitrag identifiziert Isabel Badia mittels qualitativ vergleichender Analyse (QCA), welche Faktoren zur Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht in europäischen Staaten führten.

Der Beitrag basiert auf der BA-Arbeit der Autorin, die am Lehrstuhl für Empirische Politikwissenschaft durch Achim Goerres und Florian Rabuza betreut worden ist.

Die europäische Sicherheitspolitik wurde in den vergangenen Jahrzehnten bedingt durch die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die gesellschaftlichen Umbrüchen von 1989/90 großen Um- und Neugestaltungen unterzogen, die sich deutlich in den Wehr- und Rekrutierungsstrukturen der Streitkräfte widerspiegeln. Einhergehend mit dem Wandel, der heute auftretenden asymmetrischen Konfliktformen und dem hybriden Bedrohungsspektrum, werden neue Sicherheitskonzepte erforderlich. Im Zuge dessen hat sich der Anspruch an die Streitkräfte weg von einer Massenarmee hin zu hoch professionellen und flexiblen Soldaten mit verändertem Aufgabenspektrum geändert.

Die beschriebenen Tendenzen lassen sich anhand der Beibehaltung oder Aussetzung der Wehrpflicht illustrieren: Derzeit beruft sich nur noch jedes siebte NATO-Mitglied (Estland, Griechenland, Norwegen, Türkei) und sechs von 28 EU-Mitgliedern (Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Österreich, Zypern) auf eine gesetzliche oder verfassungsrechtliche Grundlage, um seine Staatsbürger zum Wehrdienst einzuziehen.

Diese Faktenlage verdeutlicht, dass die Wehrpflicht für die Armeen der Zukunft ein Auslaufmodell im europäischen Raum darstellt.

Im Mittelpunkt meiner Analyse steht daher die Frage: Welche Faktoren bewirken, dass einige Länder ihre Wehrpflicht aussetzen oder abschaffen und weshalb behalten einige wenige Länder die Wehrpflicht bei?

Zur Beantwortung wird eine qualitativ vergleichende Analyse (QCA) durchgeführt. Die QCA ist eine Methode zur Analyse von Kausalverhältnissen bei einer geringen natürlichen Fallanzahl. Hierbei wird angenommen, dass insbesondere die wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse der erklärenden Variablen untereinander maßgeblich auf das Outcome (Beibehaltung oder Aussetzung der Wehrpflicht) einwirken. Besonders an der QCA ist, dass anstelle einer Ausschließung von Drittvariablen eine kontrollierte Einbeziehung dieser Variablen vorgenommen wird. In die Analyse wird somit zunächst eine vergleichsweise hohe Anzahl von potentiell erklärenden Variablen einbezogen, wobei deren Kombinationen und Korrelationen untereinander im Zentrum der Untersuchung stehen und erst im Verlauf dieser, durch logische Verfahren, Vereinfachungen des Erklärungsterms vorgenommen werden. Im Rahmen dessen werden die Variablen dahingehend untersucht, ob sie notwendige oder hinreichende Bedingungen für eines der beiden Outcomes darstellen. Anschließend werden die ermittelten Bedingungen auf ihre Konsistenz und Abdeckung überprüft. Zur Realisierung der Analyse wird das Computerprogramm Tosmana verwandt.

In die Analyse werden die Staaten einbezogen, die sich geographisch auf dem europäischen Kontinent befinden. Hierbei finden alle Länder mit mehr als 100.000 Einwohnern Berücksichtigung, was vor dem Hintergrund der theoretischen Annahme erfolgt, dass lediglich Staaten, die in der Lage sind sich selbst zu verteidigen, für die Untersuchung von Relevanz sind. Zudem musste der Kosovo aufgrund zu vieler fehlender Daten ausgeschlossen werden. Die Betrachtung der verbleibenden 41 europäischen Staaten liegt in der über 200 Jahre andauernden Geschichte der Wehrpflicht in diesen Staaten, wie auch dem gemeinsamen Kultur- und Wertekreis, vergleichbaren geostrategischen Bedrohungsszenarien und den Dynamiken der Sicherheitsbündnisse von NATO und EU begründet.

Bei der Untersuchung der Fragestellung können aus der bestehenden Fachliteratur und

theoretischen Überlegungen (siehe u.A. Haltiner, Werkner) zehn Variablen aus vier Argumentationsebenen abgeleitet werden. Die Ebenen lassen sich wie folgt definieren: geostrategisch, ökonomisch, politisch und gesellschaftlich.

Die von der Analysetechnik geforderte Dichotomie der Daten ist bei fünf der zehn Variablen, welche nominal skaliert sind, per se beziehungsweise nach geringer Umformungen gegeben, weshalb für die anderen fünf metrisch skalierten Variablen ein Lagemaß, welches den Cutoffpoint definiert, zur Operationalisierung benötigt wird. Aus den ausgewählten Ländern, den definierten Variablen und deren Dichotomisierung ergibt sich dann folgende Wahrheitstafel (Abbildung 1).

Abbildung 1: Wahrheitstafel generiert durch Tosmana

Quelle: Eigene Darstellung

Die Untersuchung für das Outcome *Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht* zeigt, dass es zwei notwendige Bedingungen gibt. Zum einen die Abwesenheit einer Dienstpflicht und zum anderen das Vorhandensein einer Demokratie. Die Demokratievariable konnte allerdings nach der Konsistenzüberprüfung aufgrund von Trivialität vernachlässigt werden. Neben den notwendigen Bedingungen existieren zwei Erklärungspfade, die zu dem ersten betrachteten Outcome führen. Als hinreichend werden einerseits die Verknüpfung von der Beteiligung an Auslandseinsätzen der NATO und/ oder EU und die Abwesenheit einer Dienstpflicht und andererseits die Verknüpfung der Abwesenheit einer Dienstpflicht mit einem kleinen bis mittleren Anteil der arbeitenden Bevölkerung, der im militärischen Dienst arbeitet, identifiziert. Für das komplementäre Outcome *Beibehaltung der Wehrpflicht* lässt sich feststellen, dass es keine einzelne notwendige Bedingung, jedoch zwei einzelne hinreichende Bedingungen, nämlich das Vorhandensein sowohl einer Dienstpflicht als auch das Fehlen einer Demokratie, gibt. Neben diesen hinreichenden Bedingungen existiert eine weitere hinreichende Variablenverknüpfung, die zu diesem Outcome führt. Keine Beteiligung an Auslandseinsätzen und ein großer Anteil der arbeitenden Bevölkerung, der im militärischen Dienst tätig ist, bedingen gemeinsam das Vorhandensein einer Wehrpflicht.

In der Analyse zeigt sich, dass sowohl Variablen aus der geostrategischen Argumentationsebene als auch eine Variable aus der gesellschaftlichen Argumentationsebene relevant für die Fragestellung, ob ein Land seine Wehrpflicht aussetzt oder beibehält, sind. Auffällig ist darüber hinaus, dass insbesondere die gesellschaftliche Variable Dienstpflicht, bis auf den Fall Zypern, immer den gleichen Wert wie das Outcome aufweist. Dies deutet eine herausgehobene Stellung dieser Variable an, gleichwohl gesagt werden muss, dass mit Tosmana keine Einflussstärken, sondern lediglich das Vorhandensein von Einflüssen bestimmt werden kann. Dadurch, dass die Dienstpflicht eine alleinig hinreichende Bedingung für die Beibehaltung der Wehrpflicht darstellt, kann geschlussfolgert werden, dass die Dienstgerechtigkeit, die mit einer Dienstpflicht einhergeht für die Gesellschaft eines Landes mitentscheidend für die Akzeptanz der Wehrpflicht ist. Bedingt durch die umfangreichen gesellschaftlichen und karitativen Dienstleistungen, die in einer Gesellschaft mit Dienstpflicht durch Staatsbürger geleistet werden und somit einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der staatlichen Dienstleistungen erbringen, bestätigt sich ein positiver Einflussfaktor der Dienstpflicht auf die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Die zusammengefassten Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass die Beteiligung eines Landes an Auslandseinsätzen der NATO und/ oder der EU als Indikator für eine Aussetzung der Wehrpflicht herangezogen werden kann. Gleichzeitig besagt diese Variable, dass die Beteiligung an Auslandseinsätzen, jeweils zwar in Verbindung mit einer anderen Variablen, im Gegensatz zur reinen Mitgliedschaft in einem oder beiden Bündnissen Einfluss auf die aufgeworfene Fragestellung hat. Weiterhin lässt sich die Aussage treffen, dass je größer der Anteil der Beschäftigten in der Armee im Vergleich zur restlichen arbeitenden Bevölkerung ist, ebenfalls in Verbindung mit einer anderen Variable, als Einflussfaktor für den Erhalt einer Wehrpflicht gedeutet werden kann.

Verwendete Quellen:

Algieri, Franco (2010): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Facultas Verlag, Wien.

Barrios, Dr. Harald (2006): Qualitative Methoden des Vergleichs in der Politikwissenschaft. In: Barrios, Dr. Harald/ Stefes, Christoph H. (2006): Einführung in die Comparative Politics. Oldenbourg Verlag, München, S. 29-51.

Haltiner, Karl W. (1998): The Definite End of the Mass Army in Western Europe? In: Armed Forces & Society, Vol. 25, No. 1, S. 7-36.

Haltiner, Karl W./ Klein, Paul (2002): Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends und Gemeinsamkeiten. In: Haltiner, Karl W. / Klein, Paul: Europas Armeen im Umbruch. Nomos, Baden-Baden, S. 7-22.

Josua, Maria (2006): Qualitative Comparative Analysis (QCA) – Eine Einführung. In: Barrios, Dr. Harald/ Stefes, Christoph H. (2006): Einführung in die Comparative Politics. Oldenbourg Verlag, München, S. 59-70.

Küllmer, Michael (2008): Die Umgestaltung der europäischen Streitkräfte: Politik, Wirtschaft und Technologie. Nomos, Baden-Baden.

Werkner, Ines-Jacqueline (2006): Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstrukturentscheidungen im europäischen Vergleich. Europäischer Verlag der

Wissenschaft (Peter Lang), Frankfurt am Main.

Date Created

Mai 18, 2016

Author

hiwi